

Bildung

Studentendemonstrationen, Zugangsbeschränkungen an den Unis, Anforderungen von Massenuniversitäten, „Bologna reloaded“ und ein Herz für die forschungsgeleitete Lehre. Wissenschaftsministerin Beatrix Karl im Gespräch mit *economy*.

Der Weg des Dialogs

Christian Czaak

Cengiz Kulac, der ÖH-Vorsitzende der Uni Graz, bezeichnete die europäische Bologna-Konferenz in Wien Mitte März als das „Kopenhagen der Bildungspolitik“ und fordert weiterhin „eine lebendige Protestkultur“. Die Konferenz fand anlässlich des Abschlusses der ersten Phase zur Schaffung eines europäischen Hochschulraums statt. Im Mittelpunkt stand dabei auch die Bewertung des Bologna-Prozesses. Über die aktuellen Hochschulthemen sprach *economy* mit der neuen Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (ÖVP).

economy: *Wie wollen Sie die derzeitige verfahrenere Situation an den Unis in den Griff bekommen? Mit einer alleinigen Zugangsbeschränkung ist es wohl nicht getan, oder?*

Beatrix Karl: Ich sehe keine verfahrenere Situation an allen Unis – wir haben sehr viele gut funktionierende Studiengänge. Probleme haben wir vor allem in den Massenfächern. Hier gilt es, bereits in der Studienwahlberatung anzusetzen. Jede Maturantin und jeder Maturant soll Bescheid wissen, welche Möglichkeiten es an den Unis gibt. Weiters bedarf es Maßnahmen bei der Bologna-Umsetzung. Dazu habe ich im Rahmen der Bologna-Konferenz in Wien unter dem Motto „Bologna reloaded“ ein Zehn-Punkte-Programm präsentiert.

Sie haben Gesprächsbereitschaft in Hinblick auf die Ihnen kritisch gegenüberstehenden Studenten gezeigt und einen Tag vor dem Meeting mit den „Uni-Besetzern“ Ihre Pläne zur Zugangsbeschränkung veröffentlicht. War das als „taktischer Schuss vor den Bug“ geplant, und wie wollen Sie den Konflikt in den Griff bekommen?



Beatrix Karl: „Es gilt bei der Studienwahlberatung anzusetzen: Jede Maturantin und jeder Maturant soll Bescheid wissen, welche Möglichkeiten es an den Unis gibt.“ Foto: Christian Jungwirth

Ich habe bereits bei meinem Amtsantritt betont: Mein Weg ist der Weg des Dialogs. Ich habe aber auch klare Meinungen und Positionen. Den Dialog habe ich bisher gelebt, etwa gab es gleich zu Beginn meiner Amtszeit ein Treffen mit der ÖH-Spitze, und ich war bei der akademischen Fragestunde der ÖH und der protestierenden Studierenden. Auch wenn ich mit den Studierenden in einigen Punkten nicht einer Meinung bin – wichtig ist der Austausch. Es ist zudem vor allem meine Verantwortung, als zuständige Ministerin Pläne vorzulegen, um die Probleme in den Massenfächern in den Griff zu bekommen und die Qualität an den Unis weiter zu steigern.

Wenn es schon nicht genug Platz an den Unis gibt, warum werden nicht zuerst ausländische Studie-

rende mit strengen Zugangskriterien faktisch „abgewehrt“ ?

Die Mobilität der Studierenden ist grundsätzlich sehr begrüßenswert und bekanntlich ein konkretes Ziel des Bologna-Prozesses. In manchen

Fächern haben wir vermehrt Zustrom aus dem Ausland, etwa gibt es viele junge Deutsche, die in Österreich Medizin studieren möchten. Hier gibt es eine Quote, sodass für österreichische

Studierende ein fixes Kontingent an Plätzen zur Verfügung steht. Das ist etwa in Hinblick auf die künftige medizinische Versorgung wichtig. Ich sage aber auch klar: Ich möchte, dass Studierende zu uns kommen der guten Bildung und Ausbildung wegen – nicht, um vor dem Numerus clausus zu flüchten.

In Deutschland gibt es den Numerus clausus. Außerdem werden

die Studenten je nach Studium bestimmten Unis bundesweit zugeteilt. Können Sie sich das langfristig auch für Österreich vorstellen?

Einen Numerus clausus für Österreich schließe ich aus. Eine konkrete Zuteilung von Studierenden ist derzeit nicht angedacht.

Stichwort Studiengebühren: *Wäre es denkbar, dass Unis die Höhe von Studiengebühren selbst festsetzen können? Und wenn, welche Höhe wäre dabei denkbar?*

Ich habe bereits mehrfach betont: Aus meiner Sicht sind Studienbeiträge sinnvoll, sie sind derzeit aber – auch aufgrund der fehlenden politischen Mehrheit – kein Thema. Sollte die SPÖ über ihren Schatten springen und, wie auch etwa die OECD empfiehlt, für Studienbeiträge stimmen, wird man ebenso über die Höhe diskutieren. Für mich steht jedenfalls außer Frage: Studienbeiträge müssen Hand in Hand mit einem Ausbau des Stipendienwesens gehen. Sind Zugangsbeschrän-